

Richtlinien

für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII

ab 01.04.2024

Die Richtlinien stützen sich auf den Mindestunterhalt nach § 1612 a BGB. Pflegeeltern werden damit fiktiv den Unterhalt beziehenden Eltern gleichgestellt.

1. Geltungsbereich

Die Richtlinien gelten für junge Menschen, für die Hilfe zur Erziehung nach den §§ 27, 33 SGB VIII gewährt wird. Sie regeln den Unterhalt des jungen Menschen in

- Vollzeitpflege (s. Abschnitt 2),
- Vollzeitpflege in Form von Wochenpflege (s. Abschnitt 3),
- Sonderpflege (s. Abschnitt 4).

Bei der Fallgestaltung nach § 35 a und § 41 SGB VIII und in Bereitschaftspflege nach § 42 SGB VIII (s. Abschnitt 5) werden entsprechende Leistungen gewährt.

Im Hinblick auf einen möglichen Zuständigkeitswechsel (z.B. Umzug oder § 86 Abs. 6 SGB VIII) hat ein Jugendamt vor Belegung einer Pflegestelle im Gebiet einer anderen Gebietskörperschaft ein Benehmen mit dem örtlich zuständigen Jugendhilfeträger herzustellen. Die dort geltenden Pflegepauschalen und sonstigen Leistungen sind anzuerkennen (§ 39 Abs. 4 Satz 5 SGB VIII).

2. Vollzeitpflege

2.1 Beurteilung im Rahmen des Hilfeplans

Vor Beginn einer Vollzeitpflege erfolgt im Rahmen einer sozialpädagogischen Diagnose eine Beurteilung des erzieherischen Bedarfs nach der individuellen Situation des jungen Menschen. Die Beurteilung ist Bestandteil des Hilfeplans. Auf das Beispiel für ein derartiges Verfahren im Anhang wird verwiesen.

2.2 Leistungen zum Unterhalt

§ 39 SGB VIII verpflichtet dazu, bei Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII den notwendigen Unterhalt des jungen Menschen außerhalb des Elternhauses sicherzustellen. Der Unterhalt umfasst den gesamten Lebensbedarf einschließlich der Kosten der Erziehung. Die laufenden Leistungen sind auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten in angemessenem Umfang zu gewähren. Dem altersbedingten unterschiedlichen Unterhaltsbedarf von jungen Menschen wird durch die Staffelung der Beträge nach Altersgruppen unter analoger Anwendung des § 1612 a Abs. 1 BGB (bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres – vom 7. bis zum vollendeten 12. Lebensjahr – ab dem 13. Lebensjahr) mit der monatlichen Pflegepauschale Rechnung getragen.

Nach § 39 Abs. 4 SGB VIII umfassen die laufenden Leistungen auch die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Pflegeperson.

2.2.1 Unterhaltsbedarf

Der Unterhaltsbedarf deckt den gesamten regelmäßig wiederkehrenden Lebensbedarf des jungen Menschen unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen Anteils am Lebensstandard der Pflegefamilie. Darin sind insbesondere der Aufwand für Unterkunft, Verpflegung, Ergänzung der Bekleidung und der Aufwand für sonstige Bedürfnisse des jungen Menschen (z.B. Verzehr außer Haus, Taschengeld, Friseur, Pflegemittel, Telefon, kleinere Reisen, Reparaturen, Vereinsbeiträge, Versicherungsbeiträge, Kraftfahrzeugmitbenutzung) enthalten.

Dem altersbedingt unterschiedlichen Unterhaltsbedarf von jungen Menschen wird durch die Staffelung der Beträge nach Altersgruppen unter analoger Anwendung des § 1612 a Abs. 1 BGB Rechnung getragen. Die zweite Altersstufe entspricht 100 % des Mindestunterhalts. Dieser beläuft sich auf 551 €.

Ausgangspunkt für die Berechnung ist das einkommensteuerrechtliche sächliche Existenzminimum des Kindes (Kinderfreibetrag) nach § 32 Abs. 6 Satz 1 EStG. Der Mindestunterhalt richtet sich nach dem doppelten Kinderfreibetrag.

Für die Kindergeldanrechnung gilt § 1612 b Abs. 1 BGB:

1. Altersstufe: 87 % von 551 € = 480 € abzgl. 125 € Kindergeldanteil = 355 €
2. Altersstufe: 100 % von 551 € = 551 € abzgl. 125 € Kindergeldanteil = 426 €
3. Altersstufe: 117 % von 551 € = 645 € abzgl. 125 € Kindergeldanteil = 520 €.

2.2.2 Kosten der Erziehung

Der Erziehungsbeitrag soll den Pflegeeltern die geleistete Erziehung entgelten. Er ist kein Lohn im üblichen Sinne. Die Pflegeeltern können darüber frei verfügen.

Der Erziehungsbeitrag wird auf 350 € pro Monat festgesetzt.

2.3 Höhe der Pflegepauschale¹

Die monatliche Pflegepauschale beträgt:

Altersstufe	Unterhaltsbedarf	Erziehungsbeitrag	Pflegepauschale
0 – vollendetes 6. Lebensjahr	355 € x 2 = 710 €	350 €	1.060 €
7.- vollendetes 12. Lebensjahr	426 € x 2 = 852 €	350 €	1.202 €
ab 13. Lebensjahr	520 € x 2 = 1.040 €	350 €	1.390 €

Die Pflegepauschale wird erhöht um nachgewiesene Aufwendungen für Beiträge zu einer angemessenen Unfallversicherung sowie um die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung in Höhe des jeweiligen Mindestbeitrags für die freiwillige Rentenversicherung.

Die Leistungen zur Unfallversicherung werden unabhängig von der Zahl der betreuten Kinder nur einmalig, aber bei Pflegeeltern ggf. beiden Pflegepersonen gewährt.

Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Pflegepersonen nach § 56 SGB VI bleibt bei der Erstattung von nachgewiesenen Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung unberücksichtigt. Erstattet werden nachgewiesene Aufwendungen unabhängig von der Zahl der betreuten Kinder nur einmalig je Pflegestelle. Bei Pflegeeltern müssen sich die Partner entscheiden, wem die Alterssicherung zugute kommt. Als angemessene Alterssicherung wird anerkannt eine freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung oder ein privater Altersvorsorgevertrag, bei dem das Altersvorsorgekapital frühestens ab dem vollendeten 60. Lebensjahr ausgezahlt wird². Der Beitrag wird nicht geleistet, wenn auf Grund der Beschäftigung der Pflegeperson Versicherungspflicht nach § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI besteht.

¹ Behandlung der Pflegepauschale im Steuerrecht:

Bei der Pflegepauschale handelt es sich nicht um eine steuerpflichtige Einnahme aus einer „sonstigen selbständigen Tätigkeit“ im Sinne des § 18 Abs. 1 Nr. 3 Einkommensteuergesetz (EStG). Die Vergütung ist prinzipiell steuerfrei (§ 3 Nr. 11 EStG). Nicht darunter fallen allerdings Platzhalterkosten und Bereitschaftsgelder. Bei einer Betreuung von bis zu sechs Kindern ist ohne weitere Prüfung davon auszugehen, dass die Pflege nicht erwerbsmäßig betrieben wird.

² Da eine spätere Kapitalisierung einer privaten Altersvorsorge vor dem 60. Lebensjahr nicht ausgeschlossen werden kann, muss auf das Ziel des Altersvorsorgevertrages zum Zeitpunkt der Aufnahme des Vollzeitpflegeverhältnisses abgestellt werden. Gleichwohl sollten nur Versicherungsverträge anerkannt werden, für die zwischen dem Versicherungsnehmer und dem Versicherer ein Verwertungsausschluss nach § 168 Abs. 3 VVG vereinbart wurde.

Nach Vorlage des Versicherungsvertrages und eines entsprechenden Zahlungsnachweises wird der Zuschussbetrag monatlich ausgezahlt. Die Pflegeperson ist verpflichtet, Vertragsänderungen (z.B. Beitragshöhe, Laufzeit, Rückkauf, Kündigung) unverzüglich dem Jugendamt mitzuteilen.

Wenn mehrere Jugendämter eine Pflegeperson belegen, dann leistet das Jugendamt die Beiträge zur Unfallversicherung oder Alterssicherung, das zuerst belegt. Werden Beiträge zur Unfallversicherung oder Alterssicherung von einem Jugendamt erstattet, muss die Pflegeperson bzw. müssen die Pflegeeltern dies den anderen Jugendämtern anzeigen.

2.4 Wechsel der Altersstufen

Erreicht der junge Mensch die nächsthöhere Altersstufe, ist die neue Pflegepauschale ab dem Ersten dieses Monats zu gewähren.

2.5 Anderweitiger Aufenthalt des Pflegekinde; Beendigung des Pflegeverhältnisses

Bei einem anderweitigen Aufenthalt des Pflegekinde im Internat oder in einer anderen stationären Einrichtung (z.B. für Behinderte, Berufsbildungswerken), deren Kosten als Maßnahme des Jugendamtes von diesem oder von einem anderen Kostenträger geleistet werden, wird die Pflegepauschale nach Nr. 2.3 angemessen gekürzt.

Bei der Beendigung von Pflegeverhältnissen vor dem 15. eines Monats wird die halbe Pflegepauschale, danach der volle Monatsbetrag belassen.

2.6 Pflege durch Verwandte³

Wenn Hilfe zur Erziehung gewährt werden muss, werden die Pflegeverhältnisse bei Verwandten nicht unterschiedlich behandelt, d.h. grundsätzlich wird die volle Pflegepauschale einschließlich Erziehungsbeitrag gewährt, insbesondere dann, wenn eine Beschäftigung wegen der Übernahme der Betreuung und Erziehung eines Enkelkinde aufgegeben wurde. An die Eignung von Großeltern sind dieselben strengen Anforderungen wie bei den sonstigen Pflegepersonen zu stellen. § 39 Abs. 4 S. 4 SGB VIII ermöglicht es unter gewissen Umständen, den Teil des monatlichen Pauschalbetrags, der die Kosten für den Sachaufwand des Kindes oder Jugendlichen betrifft, angemessen zu kürzen. Eine solche Ermessensentscheidung stellt sich etwa, wenn Großeltern wirtschaftlich auf die Pflegepauschale nicht angewiesen sind.

³ Bayerisches Landesjugendamt, Vollzeitpflege – Arbeitshilfe für die Praxis der Jugendhilfe

2.7 Zusätzliche Leistungen

Zusätzliche, über den Unterhaltsbedarf nach Nr. 2.2.1 hinausgehende Leistungen werden pauschaliert bewilligt. Der monatliche Pauschalbetrag beträgt 40 €. Damit sind grundsätzlich sämtliche Leistungen einer laufenden Hilfe mit folgenden Ausnahmen abgegolten:

Art	Voraussetzungen	Höhe bis zu (PP= Pflegepauschale nach Nr.2.3)
Erstausstattung für Möbel und Bettzeug	auf Antrag und nach Bedarf	1,0 PP (insgesamt während des Pflegeverhältnisses)
Erstausstattung für Bekleidung	auf Antrag und nach Bedarf	0,5 PP
Ausstattung für Berufsanfänger	auf Antrag und nach Bedarf	bis zu 1,0 PP
Hilfen zur Verselbständigung	auf Antrag	bis zu 1,0 PP (bei erfolgreicher Beendigung)
Kita-Beitrag	Antrag durch die Pflegeeltern nach § 1688 BGB; Kita-Besuch	bis zum Kita-Beitrag halbtags (max. 6 Stunden)
Führerscheinwerb	auf Antrag, bei beruflicher Erforderlichkeit	1.000 €
Weihnachtshilfe	ohne Antrag	0,07 PP

2.8 Krankenhilfe

Für die Krankenhilfe gilt § 40 SGB VIII. Schulmedizinisch nicht anerkannte Verfahren (wie z.B. Kosten von Heilpraktikern, homöopathische Arzneimittel) werden nicht finanziert.

3. **Vollzeitpflege in Form der Wochenpflege**

Die monatliche Pflegepauschale für junge Menschen in Wochenpflege orientiert sich an der Vollzeitpflege. Wegen der niedrigeren Aufwendungen für den Sachaufwand, Pflege und Erziehung beträgt die Pflegepauschale bei

- Wochenpflege mit 5 Tagen 85 v.H.
- Wochenpflege mit 6 Tagen 92,5 v.H.

der Pflegepauschale nach Nr. 2.3.

Die zusätzlichen Leistungen nach § 39 Abs. 3 und 4 SGB VIII werden voll gewährt.

Bei einem anderweitigen Aufenthalt des Pflegekindes gilt Nr. 2.6 Abs. 1 entsprechend.

4. Sonderpflege

4.1 Grundsätze

Für besonders entwicklungsbeeinträchtigte junge Menschen und für junge Menschen mit erhöhtem Betreuungsaufwand wird der Betrag nach Nr. 2.2.2 zeitlich begrenzt angemessen erhöht. Dafür kommen besonders qualifizierte, erfahrene und fortgebildete Pflegefamilien in Betracht.

4.2 Beurteilungsmaßstäbe und Entscheidung

Über die Erhöhung des Betrags wird im Rahmen einer Fachkräfte-Konferenz entschieden.

Ein erweiterter Förderbedarf wird grundsätzlich angenommen, wenn der junge Mensch aufgrund seiner schweren emotionalen, psychischen, kognitiven oder körperlichen Beeinträchtigung im Alltag gravierende Verhaltensauffälligkeiten zeigt und daher besondere pädagogische Betreuungsbedingungen benötigt.

Der Mehrbedarf wird mit dem angehängten Beurteilungssystem (vgl. **Anhang 1**) ermittelt. Einzelne Merkmale sind ergänzend in **Anhang 2** erläutert. Es können Wertungen von 0 – 6 Punkten vergeben werden:

- 0 = Merkmal nicht erkennbar/vorhanden
- 1 = sehr geringe Belastung
- 2 = geringe Belastung
- 3 = mäßige Belastung
- 4 = starke Belastung
- 5 = sehr starke Belastung
- 6 = massive Belastung für die Pflegefamilie

Die Zielsetzung dieses Verfahrens ist eine bestmögliche Abbildung des Belastungsprofils des betroffenen Kindes bzw. des Jugendlichen und seines sozialen Umfeldes auf Basis von 11 Bereichen mit 104 Merkmalen.

4.3 Bemessungsgrundlage

Die monatlichen Pauschalbeträge für die Sonderpflege werden zusätzlich gezahlt. Grundlage der Berechnung des erhöhten Pflegegeldes ist der Erziehungsbeitrag gemäß Ziffer 2.2.2 in Höhe von aktuell 350 €. Soweit eine Anpassung des Erziehungsbeitrags erfolgt, ist auch der Mehrbedarf entsprechend zu erhöhen.

Der empfohlene Beurteilungsbogen umfasst 104 auswählbare Merkmale. Dadurch sind in der Beurteilung theoretisch maximal 624 Punkte erreichbar. Auf dieser Basis erfolgt die nachfolgende Bemessungsgrundlage:

Grenzen	Zuschlag	Anmerkung
0 - 49 Punkte	0 €	kein vergütungsfähiger Mehrbedarf
50 Punkte	175 €	Pauschale
51 - 199 Punkte	179 € - 697 €	lineare Anpassung, vgl. Tabelle in Anhang 3
200 - 624 Punkte	700 €	Pauschale

4.4 Besondere Anerkennung bei Wegfall der Sonderpflege

Der finanzielle Zuschlag wegen des erzieherischen Mehraufwandes wird bezahlt, solange die Voraussetzungen hierfür vorliegen. Fallen die Voraussetzungen weg, kann den Pflegeeltern eine einmalige zusätzliche erhöhte Pflegepauschale in der bisherigen Höhe als besondere Anerkennung gewährt werden.

5. **Bereitschaftspflege**

Bereitschaftspflegeeltern, die in einer Krisensituation kurzfristig und vorübergehend Kinder nach §§ 33, 35a und 42 SGB VIII betreuen, erhalten, wenn sie besonders qualifiziert oder erfahren sind und an Fortbildungsangeboten des Jugendamts teilnehmen, soweit vertraglich oder durch Beschluss des Jugendhilfeausschusses nicht anders geregelt, als Entschädigung für Unterhalt und erhöhten Erziehungsaufwand pro Pflegekind

- vom ersten bis zum zehnten Tag täglich 26,6 % des monatlichen Erziehungsbeitrags nach Nr. 2.2.2 (derzeit 93 €),

- vom elften bis zum sechzigsten Tag täglich 17,4 % des monatlichen Erziehungsbeitrags nach Nr. 2.2.2 (derzeit 61 €).

6. **Qualifizierungszuschlag in der Vollzeitpflege**

Neben der Vorbereitung (in Form von Vorbereitungsseminaren), einer umfangreichen Beratung und kontinuierlichen Begleitung (u.a. durch die regelmäßigen Hilfeplangespräche), ist eine fortlaufende Qualifizierung von Pflegefamilien von großer Bedeutung, um eine angemessene Betreuung und Förderung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Vollzeitpflege (gemäß § 33 SGB VIII) zu gewährleisten.

Durch den Pflegekinderdienst Cham wird deshalb mindestens 1 Fortbildungsveranstaltung pro Jahr im Umfang von mindestens 3 bis maximal 5 Unterrichtseinheiten angeboten. Ziel ist, dass so viele Pflegeeltern wie möglich an den Fortbildungen teilnehmen.

Teilnahmeberechtigt sind Pflegefamilien, die im Rahmen von Hilfe zur Erziehung gemäß § 33 SGB VIII Kinder und/oder Jugendliche und/oder junge Erwachsene in Vollzeitpflege betreuen. Ein Pflegeverhältnis muss zum Zeitpunkt der Fortbildung bestehen (unabhängig davon, wie lange es bereits vorher schon oder nachher noch besteht). Bereitschaftspflegefamilien sind grundsätzlich teilnahmeberechtigt, unabhängig davon, ob sie zum Zeitpunkt der Fortbildung ein Kind (oder mehrere Kinder) betreuen oder nicht.

Der Pflegekinderdienst Cham organisiert die Veranstaltungen vollumfänglich (Organisation von Referenten, Räumlichkeiten, Anschreiben der Pflegeeltern, Führen von Teilnehmerlisten, Erteilen von Teilnahmebestätigungen).

Die Teilnahme eines Pflegeelternanteiles ist für den Erhalt des Qualifizierungszuschlages ausreichend.

Die wirtschaftliche Jugendhilfe erhält nach Durchführung der Fortbildung eine Teilnehmerliste. Die jeweils anwesende Pflegefamilie erhält für die Teilnahme an einer Fortbildung dann einen Betrag von 150 Euro überwiesen.

Extern besuchte Fortbildungen werden vom Fachdienst Pflegekinderwesen auf Inhalt und Dauer überprüft und (sofern die Anforderungen erfüllt sind) anerkannt. Eine Teilnahmebestätigung ist erforderlich, ebenso wie eine genaue Beschreibung der Veranstaltung. Die Teilnahme an externen Fortbildungen ist vorab mit dem Pflegekinderdienst abzuklären.

Pro Kalenderjahr können maximal 300 Euro pro Pflegefamilie in Anspruch genommen werden.

Ist eine Pflegefamilie gleichzeitig von mehreren Jugendämtern belegt, so finden die Regelungen desjenigen Jugendamtes Anwendung, welches die Pflegefamilie zuerst belegt hat.

7. Inkrafttreten

Die Richtlinien gelten ab 01.04.2024.

Anhänge:

Anhang 1: Belastungsmodell und Beurteilungsbogen – Sonderpflege Mehrbedarf

Anhang 2: weiterführende Erklärungen zu einzelnen Merkmalen

Anhang 3: Punktetabelle Sonderpflege